Kostenlos

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 255 | Wilhelmshaven | Dezember 2010

JadeAntiAtom CUP 2010

Kein Atommüll über Wilhelmshaven

Tag X

Kein Müll

Da sind wir ja noch einmal mit einem blauen Auge davon gekommen: Die Atomtransporte nach Russland wurden auf Eis gelegt. Damit ist klar, wer den JadeAnti-Atom-Cup 2010 gewonnen hat. Ob dieser Sieg auch von Dauer ist, darüber spekulieren wir auf Seite 3.

Die Mitglieder der Gegenwind-Redaktion begaben sich Anfang November ins Wendland, um dort gegen den Castor-Transport zu demonstrieren und diesen, soweit möglich, aufzuhalten. Obwohl die Castoren (mit erheblicher Verspätung) in Gorleben ankamen, war die Aktion ein Erfolg. Warum sie "Erfrischend anders" war, erfahren Sie auf Seite 4.

Der Kampf der Raffinerie-Mitarbeiter um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze findet die uneingeschränkte Unterstützung des Gegenwinds. Keine Unterstützung finden die auf Seite 6 geschilderten Praktiken, durch die die Raffinerie zu einer der schmutzigsten Anlagen Deutschlands wurde.

Weil der Erhalt unserer Lebensgrundlagen immer wichtiger wird, muss jeder Eingriff irgendwie "wieder gut gemacht" werden. Mit welchen Tricks da gearbeitet wird, können Sie auf Seite 7 lesen.

Die Linke war der Senkrechtstarter der letzten Jahre. Mit links wurden die Stadt- und Landes-Parlamente erobert und auch im Bundestag geht kaum noch etwas ohne die Linke. Die Linken haben aber ein Problem: Sie möchten alles perfekt machen – und das führt oft zu Reibungen. Wie verlustreich diese Reibungen werden können, berichten wir auf Seite 8.

Wir plaudern auf Seite 5 mal wieder aus der Schule und auf der Seite 11 informieren wir Sie über die neuesten Entwicklungen im Bereich Hartz 4 und Recht.

Das Letzte, unsere Rubrik für erhaltenswerte Meldungen, finden Sie auch diesmal wieder auf der letzten Seite.

Meldungen und Termine haben wir wie immer quer durchs Heft verstreut.

Gegenwind im Internet:
gegenwind-whv.de

meldungen

Ausgebluest

Schlechte Nachrichten für alle Freunde von Blues- und Clubkonzerten: Nach sieben Jahren und 500 Konzerten stellt das Faircafé in Grafschaft den Musikbetrieb ein. Reinhard und Jutta Hartwig sind nicht mehr bereit, das finanzielle Risiko selbst zu tragen. Und sie sind enttäuscht, weil sie von der Stadt Schortens so wenig Rückhalt bekommen haben. Bis Mitte 2011 finden die bis dahin geplanten Konzerte noch statt, aber neue Gigs werden nicht mehr gebucht. *"In drei Jahren sind wir 60 Jahre alt und haben nur malocht, haben Zigtausende von Euro in dieses Projekt investiert, und haben noch nicht einmal eine ausreichende Altersversorgung"*, so Hartwigs.

Wir sprachen den Bürgermeister der Stadt Schortens, Gerhard Böhling, auf die Vorwürfe Hartwigs gegen die Stadt Schortens an. Böhling zum Gegenwind: *"Herr Hartwig betreibt das Kaffeehaus als gastronomischen, 'gewerblichen' Betrieb, auch wenn er das gelegentlich anders darstellt. Gleichwohl schätzen wir sein dortiges Angebot. In den letzten Jahren hat das gewerbliche Angebot und damit die Konkurrenz an Musikveranstaltungen in Schortens enorm zugenommen, z. B. durch die Angebote des Wirtes vom Café Henry und der Gastronomie des Beachclubs im Freibad Heidmühle. Auch diese erhalten von der Stadt Schortens keine finanzielle Unterstützung. Auch wenn der Wirt des Bürgerhauses zusätzliche Freiluftkonzerte im Sommer durchführt, wird das von der Stadt nicht finanziell unterstützt."* Böhling, der nach eigenen Angaben auch schon mit Herrn Hartwig gesprochen hat, bietet Hartwig *"die Unterstützung an, die wir auch allen anderen Betrieben in Schortens anbieten. Eine finanzielle Unterstützung gehört nicht dazu. Er soll nicht schlechter aber auch nicht besser gestellt werden als andere Betriebe in unserer Stadt."*

Resümee: Das seit fast 20 Jahren bestehende Fairhandelshaus als solches trägt sich finanziell und soll vorerst bestehen bleiben. Doch mittelfristig wollen die beiden Schortens den Rücken kehren und sich auch von der Immobilie trennen. Sie würden sie auch jemandem übertragen, der bereit ist, die Musikveranstaltungen fortzusetzen, obwohl sie das als wenig erfolgversprechend einschätzen. (iz)

ROCK FISCH
MUSIKKNEIPE IM SÜDEN DER STADT
Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

Schade drum

Zeitlich eigentlich passend zur Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke und zum Castor-Transport brachte die Landesbühne Dürrenmatts "Die Physiker" auf die Bühne. Die Groteske, die 1961 zur Zeit des Kalten Krieges und dem Beginn der "friedlichen" Nutzung der Kernenergie entstand, widmet sich der Verantwortung der Wissenschaft für ihre Erkenntnisse.

Dürrenmatt hat sich sein Leben lang mit ethischen Fragen der Naturwissenschaften beschäftigt. Bereits in den 50er Jahren befasste er sich mit dem Problem der Atombombe, u. a. verfasste er eine Rezension über Robert Jungks "Heller als 1000 Sonnen". So ist im Stück das alter ego des Physikers Eisler Albert Einstein, der indirekt durch seine Forschung, direkter durch seine Korrespondenz mit Präsident Roosevelt an der Entwicklung der Atombombe beteiligt war, anderseits aber Pazifist.

Erfreulicherweise bewegt sich die Landesbühne oft am Puls der Zeit, indem alte und moderne Klassiker mit aktuellem Zeitgeschehen verknüpft werden. Doch leider verpasste diese Inszenierung die Chance, zur Diskussion um die aktuelle Atompolitik beizutragen. Ein "Atomkraft-nein-danke"-Anstecker an der Brust von Hauptfigur Prof. Möbius bleibt ein Fremdkörper in der klamaukigen, belanglosen Umsetzung, in der schließlich auch der intensive Diskurs zwischen den drei durchgeknallten Physikern untergeht. *(iz)*

Karten gibt es noch für die Aufführungen am 26.12. und 26.1. (jeweils um 20 Uhr im Stadttheater).

Ritter der Tafel-Runde

Wer kennt sie nicht, die Drahtkörbe hinter Supermarktkassen, in die Tierfreunde im Laden gekaufte Futtermittel als Spende fürs Tierheim werfen dürfen? In einem Wilhelmshavener Supermarkt haben wir jetzt so einen Spendenkorb für Hartz-IV-Empfänger entdeckt. "Für die Wilhelmshavener Tafel". Toll, oder?

"Mehr als die Hälfte unserer Lebensmittel, das belegen internationale Studien, landet im Müll: krumme Gurken, zu dicke Kartoffeln, Waren, die in zwei Tagen das Mindesthaltbarkeitsdatum erreichen", so ein Beitrag der kürzlich gelaufenen ARD-Themenwoche "Essen ist Leben". Über die gesamte Öffnungszeit - heutzutage oft bis 24 Uhr - soll die Kundschaft das gesamte Sortiment vorfinden. Steht der Lieblingsjoghurt nicht mehr im Regal, könnte der Kunde ja zur Konkurrenz laufen. Lieber schmeißt man den Überschuss weg, sicherheitshalber schon vor Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums.

Unterdessen reicht das Angebot der "Tafeln" für die wachsende Zahl Bedürftiger in unserer Wohlstandsgesellschaft nicht mehr aus. Viele haben sich deshalb aufs "containern" spezialisiert: Sie krabbeln in die Müllbehälter hinterm Supermarkt und fischen Genießbares heraus, vom knackigen Salat mit nur einem welken Blatt bis zum verpackten, noch haltbaren Käse. Offiziell ist das verboten, weil die Abfälle juristisch betrachtet noch dem Laden oder bereits dem Entsorgungsbetrieb gehören, oder weil das Betreten des Grundstücks Hausfriedensbruch ist. So gab es sogar schon Verhaftungen, weil jemand "Müll" gestohlen hat.

Warum nicht diesen genießbaren Wohlstands"müll" direkt, noch sauber und sortenrein, an Bedürftige geben? In den Niederlanden gibt es eine Supermarktkette, die verschenkt alle Produkte, die maximal zwei Tage vor Ablauf sind. Im gewissen Umfang gibt es auch bei uns Direktspenden aus der Lebensmittelbranche an die "Tafeln". Doch im eingangs erwähnten Supermarkt möchte man lieber noch Profit aus Bedürftigkeit und der damit verbundenen Spendenbereitschaft schlagen: Die Wohlstandbürger sollen alles zum Normalpreis kaufen und dann in die Spendenkiste werfen - je nach Geschmack für Tierheim oder Tafel. (iz)

Gegenwind

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 0322-23755199
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Erwin Fiege, Hannes Klöpper (verantw. Redakteur), Anette Nowak, Matthias Tiller, Wolle Willig, Imke Zwoch;

Druck: Papudis; Auflage: 4.500 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven, Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63
Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit) monatlich - mindestens 8 Ausgaben pro Jahr.
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 15.12.2010

www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

JONATHAN
NATURKOST
Die Bio-Frische in Wilhelmshaven
Marktstr. 94, 26382 Wilhelmshaven, Tel.: 13438
Öffnungszeiten: montags-freitags 9.00-18.30 Uhr, samstags 9.00-14.00 Uhr

Atomtransport abgewehrt

Die Atomtransporte nach Russland wurden auf Eis gelegt - die Castortransporte zwischen Atomkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen aber nicht!

(jm) Am 2. Dezember wurde von der parlamentarischen Korrespondenz des Bundestages die Nachricht verbreitet, dass die Bundesregierung den Abgeordneten mitgeteilt habe, dass die Verhandlungen für den Transport der Brennstäbe ins russische Majak zwar abgeschlossen seien, die Unterzeichnung des Vertrages aber zunächst abgesagt worden sei, da - so die Regierung – *"... wir den Sachverhalt noch mal prüfen".*

Das Umweltministerium habe jedoch klar gemacht, dass die Brennstäbe nicht in Deutschland bleiben könnten, da Deutschland kein Endlager für Brennstäbe besäße und deshalb keine Lösung anbieten könne.

Am 6. Dezember gab der Bundesumweltminister Norbert Röttgen auf einer Pressekonferenz bekannt, dass er den Transport von sechs Castoren mit hochradioaktivem Atommüll aus Ahaus in den russischen Atomkomplex Majak abgesagt habe. Diesen Transport hatte er in den letzten Wochen und Tagen noch vehement verteidigt.

Jetzt begründete er seine Entscheidung, den vom 'Bundesamt für Ausfuhr und Wirtschaftskontrolle' (BAFA) gestellten Exportantrag zu verweigern, damit, dass die "schadlose Verwertung", die das deutsche Atomgesetz vorschreibe, in Majak gegenwärtig nicht möglich sei. Seine Entscheidung sei *"zunächst endgültig".* Bis zu einer Entscheidung würde es wohl "Jahre dauern" können.

Dies ist ein großer Erfolg von deutschen und russischen Anti-Atominitiativen, die in den letzten Monaten unermüdlich gegen den Transport gekämpft haben. Die Absage des Transports zeigt, dass PolitikerInnen nicht einfach machen können, was sie wollen. Entschiedener und kreativer Protest wirkt, Engagement zahlt sich aus!

Es ist denn auch wohl dem Umstand zu verdanken, dass die Parlamente der Hafenstädte Rostock, Lübeck, Cuxhaven, Hamburg, Bremen, Wilhelmshaven und Emden sich durch teilweise massive Bürgerproteste dazu aufgerüttelt sahen, dem Atomumschlag in ihren Häfen ihr Einverständnis zu verweigern.

Dem wollten sich die Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen denn auch nicht länger verschließen, und sie lehnten die Atomtransporte gleichfalls ab. Jetzt hat auch der Bundesumweltminister - wohl aus Besorgnis um die wackelnden Mehrheiten für Schwarz/Gelb im Superwahljahr 2011 - einstweilen eingelenkt.

Doch Herrn Röttgens Exportverweigerung nach Russland wirkt sich nicht auf die Atomtransporte der Nuklearindustrie aus. So möchte der E.ON-Konzern z.B. gerne die in seinen Atomkraftwerken abgebrannten - aus einer Mischung von Uran- und Plutoniumoxiden bestehenden – MOX-Brennelemente zur Wiederaufbereitung ins britische Sellafield schicken, um sie dort für einen weiteren Einsatz in ihren Atommeilern aufpeppen zu lassen. Für den Transport sucht der Stromgigant einen alternativen deutschen Hafenumschlagplatz, seit der erste Versuch im Spätsommer letzten Jahres am spontanen Widerstand der Cuxhavener BürgerInnen gescheitert ist. Die Gefahr, dass man es ja mal über Wilhelmshaven versuchen könnte, liegt auf der Hand; zumal das Land Niedersachsen sich der Ablehnung der Küstenländer Bremen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern, Castor-Transporte über ihre Häfen zu leiten, nicht angeschlossen hat. Somit müssen die niedersächsischen Hafenstädte selbst – soweit irgend möglich – sicherstellen, dass die Transportunternehmen nicht auf den Trichter kommen, die radioaktiven Frachten durch ihre Städte und über ihre Häfen zu leiten.

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven sprach sich am 21. Sept. 1988 mehrheitlich *"... gegen den Transport von radioaktiven Materialien inklusive deren Umschlag in allen Hafenbereichen Wilhelmshavens aus."* Darüber hinaus hat er *"... die Verwaltung (beauftragt), alle rechtlichen Schritte zu unternehmen, um dieses Ziel zu erreichen."* Weiter heißt es in dem Ratsbeschluss: *"Der Rat der Stadt fordert die niedersächsische Landesregierung auf, keine Genehmigungen für den Transport von radioaktiven Materialien nach Wilhelmshaven und den Umschlag im Hafen zu erteilen."*

Schon mehrmals war die Atomindustrie erfolglos auf der Suche nach einem festen Hafenumschlagplatz für ihre atomaren Frachten. So hat die Landesregierung von Schleswig- Holstein im Jahre 1988 - nach massivem, zehntausendköpfigem Protest der Lübecker Bürger - Atomtransporte über ihre landeseigenen Häfen untersagt.

Die niedersächsische Landesregierung erklärte sich dagegen am 05. Juli 1988 grundsätzlich dazu bereit, den Umschlag von bestrahlten Brennelementen aus Atomkraftwerken über niedersächsische Häfen zu gestatten. Am 01. Okt. 1988 gab das Niedersächsische Wirtschaftsministerium bekannt, dass nun Atomtransporte über Emden oder Wilhelmshaven möglich seien.

Und schon vier Tage später kam der Atomfrachter "Sigyn" in Emden an und wurde von 500 Polizisten mit Hundestaffeln gegen die aufgeschreckten Emder Bürger abgeschirmt. Da der Protest in den folgenden Tagen die gesamte Stadt erfasste und sich über ganz Ostfriesland ausbreitete, stand zu befürchten, dass die Transporteure ihre nukleare Fracht nach Wilhelmshaven umdisponieren würden. Aber auch hier entwickelte sich eine schnell anwachsende Ablehnungsfront, der die Mehrheit des Stadtrates mit ihrem o.a. Beschluss (mit Ausnahme von "Schwarzgelb") Rechnung trug. Nach dem Ratsbeschluss sei dann die Angelegenheit im Sande verlaufen, berichtete Sicherheitsdezernent Graul dem Rat.

Nun also unternimmt die E.ON einen erneuten Anlauf, um den Umschlag ihrer radioaktiven Frachten über einen niedersächsischen Hafen durchzusetzen. Es liegt nahe, dass Wilhelmshaven für die Landesregierung wieder vorrangig dazu zählt. (aus Gegenwind Nr. 248)

Damit ist er dem Beispiel der Stadt Emden gefolgt, die damit auf die vorausgegangenen massiven Proteste der Emder BürgerInnen reagiert hat.

Doch während sich die Wilhelmshavener Ratsfrauen und -herren auf ihrem Ratsbeschluss seit 22 Jahren ausruhen und nicht mal bei der Verwaltung nachfragen, was die Rathausbeamten vom 1988er Ratsauftrag bislang mit welchem Ergebnis erfüllt haben, haben andere Hafenstädte längst Nägel mit Köpfen gemacht:

- Lübeck: *"Im Jahr 1990 wurde der Hafen von der Bürgerschaft teilentwidmet und somit für Atomtransporte gesperrt ..."* (Lübecker

Stadtzeitung, 19.10.10) Die Lübecker Verwaltung hat der Landesregierung in Kiel jedoch nicht das erforderliche Rechtsgutachten vorgelegt.

- Die Stadt Emden *"... setzte vor vielen Jahren einen Atomparagrafen in ihrer besonderen Hafenordnung durch. 'Gefahrengüter, die als Atommüll einzustufen sind, dürfen weder gelagert, im Transit befördert noch umgeschlagen werden', heißt es dort."* (TAZ, 03.12.10)
- Die Cuxhavener haben mit dem Hafenbetreiber 'CuxPort GmbH' vereinbart, sich gegen den Umschlag von nuklearen Brennelementen auszusprechen.
- Das Hafenumschlagunternehmen Eurogate hat zugesagt, an ihren Bremer Hafenanlagen keine Castor-Behälter umzuschlagen.

Wie man sieht, ist Wilhelmshaven wieder mal Letzter im Geleitzug. Und auch die akute Gefahr, dass noch in diesem Dezember strahlende Castorbehälter durch unsere Stadt hätten rollen können, hat die Stadtoberen nicht vom Sofa geholt. Nicht mal die fünfzehn - für die Beantragung einer Sondersitzung des Rates - erforderlichen Ratsmitglieder waren zusammenzutrommeln.

Und unser Oberbürgermeister und Oberverwaltungsbeamter versinnbildlicht mit seiner Pressemitteilung am 03.12.10 diese passive Haltung. Er begnügt sich mit der Feststellung, dass sich der Rat ja gegen den Atomumschlag ausgesprochen habe, und verschweigt geflissentlich die daran geknüpften Aufträge an die Stadtverwaltung.

An Stelle dessen behauptet unser OB nassforsch: *"Ein solcher Umschlag wäre im Übrigen nur auf der Grundlage eines Genehmigungsverfahrens möglich, in das die Stadt Wilhelmshaven als örtlich zuständige Behörde eingebunden sein müsste."* ➤

Dies sieht das Niedersächsische Innenministerium lt. Pressemitteilung vom 03.09.09 jedoch aus einem diametral entgegen gesetzten Blickwinkel: *"Das BfS* (Bundesamt für Strahlenschutz, der Verf.) *ist als Genehmigungsbehörde für alle Aspekte der Genehmigung und ihrer Nebenbestimmungen – einschließlich der Streckenführung – umfassend verantwortlich. Die Transportgenehmigung für Kernbrennstoffe wird weder im Einvernehmen mit den Innenministerien oder Polizeibehörden der Länder erteilt, noch besteht eine gesetzliche Verpflichtung, mit diesen das Benehmen herzustellen."* Demnach ist es also nichts mit der zwingenden Einbindung Wilhelmshavens als zuständige örtliche Behörde.

Das BfS und das von den Betreibern der Atomkraftwerke beauftragte Transportunternehmen werden also nur bei Bedarf - und dies aus verständlichem Grunde - zu einem möglichst späten Zeitpunkt auf die Stadt zurückgreifen. Eine Mitwirkung der Stadt bei der technischen Vorbereitung von Atomtransporten durch unsere Stadt sowie beim Hafenumschlag erübrigt sich, weil durch die vielen Schwerlasttransporte der jüngsten Zeit alle benötigten Kenntnisse vorliegen.

Vielleicht bewirkt diese Erkenntnis ja einen Sinneswandel bei unserem obersten Verwaltungsbeamten, und vielleicht sieht er sich jetzt endlich veranlasst, den Anschluss an die anderen Hafenstädte herzustellen. Nicht auszuschließen ist allerdings, dass einige der üblichen Verdächtigen es lieber hätten, Wilhelmshaven auch noch bei der Atomindustrie als Alleinstellungsmerkmal für den Hafenumschlag von Atommüll anzupreisen ... ❑

Erfrischend anders

Castor: Anti-Atomkraft-Bewegung mit neuer Energie

(red) Anfang November erlebte das Wendland den eindrucksvollsten Protest in der 33jährigen Geschichte des Widerstands. Nicht nur die Teilnehmerzahlen brachen Rekorde. Der GEGENWIND war vor Ort.

Mit so einem großen Zulauf auf der Kundgebung bei Dannenberg am 5. November hatte keine/r gerechnet. Sechs Wochen zuvor hatte die Anti-Atom-Demo mit Umzingelung des Regierungsviertels in Berlin, mit 50.000 (Schätzung Polizei) bis 100.000 (Schätzung Veranstalter) TeilnehmerInnen, den Atomkraftgegnern bereits Anlass zu Optimismus gegeben. Doch es ist etwas anderes, ob man an einem sonnigen Spätsommertag gemütlich durch Berlin spaziert oder aber im nasskalten Monat der Trübsal quer durch die Pampa auf einen Acker zusteuert. Gorleben wurde in den 70er Jahren ja vor allem deshalb als Endlager-Standort ausgeguckt, weil die Regierung dort am Ende der Welt nicht mit Widerstand rechnete. Erst recht nicht, wenn man die Castoren zur ekligsten Jahreszeit auf die Reise schickt. Diese Taktik ging nicht auf. Und nun verhalf die schwarzgelbe Herrschaft im Bundestag mit der AKW-Laufzeitverlängerung der Anti-AKW-Bewegung, die nie tot, aber über die Jahrzehnte etwas ermüdet war, zu einem bemerkenswerten Aufschwung. Die Offenlegung der bedrohlichen Zustände im Atommüll-Salzstock Asse tut ihr Übriges.

So kommen am 5.11. nicht nur 30.000 Castor-GegnerInnen, wie das Bündnis "Ausgestrahlt" optimistisch geschätzt hatte, sondern fast doppelt so viele auf den Kundgebungsplatz bei Splietau am Rande von Dannenberg. Doch das blieb nicht der einzige Rekord. Denn Tausende kamen gleich für mehrere Tage ins Wendland, um zusammen mit den Einheimischen durch vielfältige, kreative Aktionen den Weg der Castoren zu verzögern.

Beeindruckend ist die professionelle Logistik. In mehreren Camps stehen Zelte und Volksküchen für weit Angereiste bereit. An vielen Infopunkten liegen Landkarten und Rechtshilfe-Infos zum Mitnehmen aus, der online-"Castorticker" informiert zu jeder Zeit, was sich an der Transportstrecke und im Wendland gerade ereignet. Im ganzen Landkreis gibt es am Wochenende zahlreiche Kulturveranstaltungen mit Eintrittskarten, um Polizeisperren passieren zu können.

Gorleben ist überall

Schon am Donnerstag startet eine ***Landmaschinenschau*** in Metzingen. Seit im März 1979 in Hannover 500 Trecker auf Besuch bei Ministerpräsident Albrecht anrollten, sind die Landmaschinen der wendländischen Bauern und solidarischer KollegInnen aus anderen Regionen ein zugkräftiges Symbol des Widerstands. Dass die bäuerliche Notgemeinschaft ihr wertvollstes Betriebskapital aufs Spiel setzt, spiegelt auch ihre Verzweiflung wider. Wenn sich wieder mal ein Dutzend Schlepper hoffnungslos auf einer geplanten Castor-Transportstrecke ineinander verhakt hat, braucht die Polizei schon schweres Gerät zur Räumung.

Am Freitag sind in Lüchow über 1.000 SchülerInnen auf der Straße statt auf der Schulbank. Um 14:24 Uhr startet der Zug mit den Castoren aus der Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague in Valognes (Normandie / Frankreich). Laut Fahrplan soll er am 7.11. um 8:14 Uhr Dannenberg erreichen. Doch entlang der gesamten Strecke gibt es immer wieder Proteste und Blockaden. Gorleben ist überall. Gegen 16 Uhr kommt der Zug in Caen erstmals zum Stehen. 12 Leute haben sich ans Gleis gekettet, Weiterfahrt nach Räumung 3 Stunden später. Im weiteren Verlauf muss die Fahrt mehrmals unterbrochen werden. In Lauterbourg-Berg (franz.-dt. Grenze) haben sich einige Greenpeace-Aktivisten ans Gleis gekettet, weitere tausend Menschen besetzen 800 m Gleis. In Kehl hängen Greenpeacer unter einer Brücke. In Darmstadt sitzen wieder Menschen auf den Gleisen ... Auch außerhalb der Strecke gibt es bundesweit Mahnwachen, Demos, Aktionen.

Gewaltig, gewaltfrei

Bemerkenswert ist auch, dass es – im Verhältnis zu der großen Zahl von Demonstrierenden und Polizeikräften und der zuvor von Politik und Medien künstlich angeheizten Stimmung – vergleichsweise friedlich abging. Wie immer wurde im Vorfeld versucht, durch die Vorhersage militanter Aktionen die Bewegung zu spalten und "gute Bürger" von der Teilnahme abzuhalten. Vergebens: Gerade diesmal gab es laut Umfragen besonders viele, die erklärten, sie würden jetzt erstmals auf die Straße gehen, weil ihnen die schwarzgelbe Atompolitik zum Hals raushängt.

Stein des Anstoßes war vor allem die Initiative "Castor schottern", also der Aufruf, Steine aus dem Gleisbett der Castorstrecke zu entfernen. Rechtlich wird das als Straftat gewertet, weshalb die Staatsanwaltschaft gegen Hunderte Unterzeichner, darunter auch Prominente wie Politiker der LINKEn, ermittelt. Unfug ist die Behauptung, die Castorgegner würden dadurch bewusst auch Personenzüge gefährden. Während des Atommülltransportes sind die entsprechenden Strecken für den Personenverkehr gesperrt, und die Aktivisten wollen natürlich auch nicht, dass Castorzüge entgleisen, das würde ja ihr Ziel, eine Katastrophe durch Freisetzung atomarer Strahlen zu verhindern, konterkarieren. Das "Schottern" als symbolische Handlung wurde vorher öffentlich angesagt, in dem Wissen, dass dem Castorzug ohnehin ein Reparaturzug voranfährt.

Es gab Polizei-Einsätze mit Schlagstöcken, Reizgas, Wasserwerfern, es gab Verletzte, es gab einen Kessel, in dem Tausende die kalte Nacht draußen verbringen mussten. Aber es gab auch klare Ansagen von Polizeisprechern - nicht nur seitens der Gewerkschaften - an die politisch Verantwortlichen, dass man nicht länger bereit ist, den Freund und Helfer für politisches Kalkül zu spielen.

Lange mediale Halbwertszeit

Mehr als eine Woche lang sind der Castortransport, die Anti-AKW-Bewegung, Atompolitik und Laufzeitverlängerung Thema Nr. 1 in den Medien. In Leserbriefen und online-Chats sind auch BürgerInnen mit von der Partie. Erschreckend ist, mit welchem Halbwissen viele sich ihre Meinung bilden oder, schlimmer noch, PolitikerInnen weitreichende Entscheidungen fällen. Viele glauben, die Castoren würden bereits jetzt direkt in den Salzstock Gorleben als Endlager wandern. Tatsächlich stehen sie für die nächsten 30, 40 Jahre oberirdisch in einer Halle, danach soll ihr immer noch tödlich strahlender Inhalt in kleinere Behälter ("Pollux") umgepackt und in einem dann genehmigten Endlager versenkt werden. Wo das sein wird, darum geht's ja gerade - ob in einem geologisch instabilen Salzstock im Wendland oder irgendwo anders in der Republik an einem geeigneteren Standort, den zu suchen sich die Politik bislang weigert.

Keine Talkshow, die sich nicht in die Diskussion einmischt und zumindest Einblicke in die Kompetenz der Talk-Gäste bietet. Bei Maybrit Illner z. B. behauptete der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion im Bundestag, Michael Fuchs (genannt "Atom-Fuchs"), der zuvor die "BILD"-Zeitung als seine

Informationsquelle hochgehalten hat, im Schacht Konrad würden bereits jetzt schwach- und mittelradioaktive Abfälle endgelagert. Tatsächlich wird das stillgelegte Eisenerz-Bergwerk bei Salzgitter momentan noch dafür umgebaut, und die Einlagerung beginnt frühestens 2013, wie Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation "Ausgestrahlt e.V.", Fuchs erläuterte.

Störrisches Vieh und Biertrojaner

Während Bundesumweltminister Röttgen, der bis dahin noch nie in Gorleben war, am Montag Abend bei "Beckmann" noch mit Gräfin von Bernstorff diskutiert, deren Familie sich seit Jahrzehnten dagegen wehrt, dass ihr Landeigentum zum Atomklo umgewidmet wird, gehen die Blockaden im Wendland in die letzte Runde. Erst morgens um 9.30 Uhr ist der Castorzug am Verladebahnhof in Dannenberg angekommen und die Umsetzung der 11 Behälter auf Tieflader beginnt. Vor dem Zwischenlager in Gorleben haben bereits 1.600 Menschen ihre erste Nacht draußen verbracht. Jetzt kommen immer mehr hinzu. Am Nachmittag stellen sich solidarisch 1.200 Schafe und 500 Ziegen auf der Transportstrecke des Castors zwischen Laase und Gorleben quer.

Am frühen Abend blockiert ein Bierlaster mit der Aufschrift "Erfrischend anders" die Kreuzung vor dem Verladebahnhof. Daran kommen die Tieflader nicht vorbei. Einfach wegschieben geht aber nicht - denn in dem Laster sitzen ein paar Greenpeace-Aktivisten, die sich und den Laster mit der Straße verankert haben. Zudem sind sie innerhalb des Lasters hinter dicken Gitterstäben verbarrikadiert, die die Polizei erstmal wegschweißen muss. Vorinstallierte Kameras übertragen das Geschehen am Laster nach draußen. Zusammen mit den störrischen Schafen und einem erfolgreichen Hackerangriff auf die Seite http://www.kernenergie.de gehört das wohl zu den Top Ten des witzigen gewaltfreien Widerstands.

Gegen 22 Uhr steht bei Gorleben die schon legendäre Betonpyramide der bäuerlichen Notgemeinschaft auf der Straße. Sie lässt sich nicht einfach wegräumen, ohne zuvor die menschlichen Bindeglieder in der Konstruktion zu entfernen. Das dauert. Kurz vor Mitternacht sitzen über 5.000 Menschen vor dem Zwischenlager Gorleben, weitere 1500 in Laase, mehr als 500 beobachten, wie die Polizei immer noch verzweifelt versucht, das Rätsel um den Biertrojaner zu lösen.

Erst am Dienstagmorgen gegen 8.30 Uhr ist der Laster von der Kreuzung, die Sitzblockaden wurden - gegen Ende leider immer rabiater - von der Polizei geräumt, die Tieflader setzen sich in Bewegung. Kurz vor 10 erreichen sie das Zwischenlager Gorleben.

Während sich die Organisatoren des Widerstands um die letzten Aufräumarbeiten kümmern, um die Camps ordentlich zu hinterlassen, werden noch einige Pfefferspray- und Prügeleinsätze der Polizei vermeldet. "Schade, dass der Castor immer mit hemmungslosen Gewaltorgien seitens der Polizei enden muss", lautet einer der letzten Einträge im Castorticker.Die Castoren haben, mehr als 24 Stunden später als geplant, ihr Ziel erreicht - und somit auch die Castorgegner: "Der neue Streckenrekord liegt somit bei 3 Tagen, 19 Stunden, 24 Minuten. Die nächste zu knackende Marke sind somit die 100 Stunden." ❑

Aus der Schule geplaudert

PISA

Immer noch ist Deutschland mit seinem gegliederten Schulsystem nur Mittelklasse im internationalen Vergleich. Ein bisschen aufgeholt haben unsere Kinder seit dem "PISA-Schock" vor zehn Jahren in Sachen Mathematik und Naturwissenschaften, doch lesen und Texte verstehen können sie immer noch nicht gut genug. Das Volk der Dichter und Denker scheint des sinnerfassenden Lesens nicht mächtig zu sein.
Und ebenso signifikant wie schon zu Beginn der regelmäßigen Vergleiche ist wieder herausgekommen, dass in Deutschland der Schulerfolg von der sozialen Herkunft abhängt. Niedersachsen bemüht sich sehr, dass es dabei auch bleibt.

Und Friede auf Erden?

Der Schulfrieden in Niedersachsen ist gefährdet. SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern wissen das – mit unterschiedlichsten Hintergründen – schon längst. Jetzt steht es aber dauernd in der Zeitung. Und es ist etwas ganz anderes damit gemeint, als man beim Erleiden des alltäglichen Kampfes denkt.
Die "neue Schulreform" soll schon im kommenden Schuljahr 2010/2011 greifen (WZ, 22.10). Dann soll es die "Oberschule" geben. 10 Mio. Euro stellt das Land für diese "neue" Schulform zur Verfügung. Gut 200 Oberschulen könnten schon gleich starten, denn gut 200 zusammengefasste Haupt- und Realschulen gibt es in Niedersachsen schon. Und an dieser Stele merkt man: Es handelt sich nicht um etwas Neues. Es ist alter Wein in neuen Schläuchen. Ina Korter (grüne Schulexpertin) nennt es "Etikettenschwindel" (WZ, 3.12.).
Die WZ berichtete am 1.12. in ihrem Artikel über den "zweiten Bildungsgipfel", dass die Hürden für die Gründung neuer Gesamtschulen nach dem Willen des Kultusministers hoch bleiben sollen. Weiterhin fordert er Fünfzügigkeit für IGS-Gründungen. Damit fallen Pläne für Gesamtschulen in kleineren Städten ins Wasser. Dass auch vierzügige - in Ausnahmefällen auch dreizügige - Gesamtschulen gegründet werden können, fordert nicht nur der Landeselternrat, sondern auch der niedersächsische Städtetag (WZ, 5.11.).
Ebenfalls am 5.11. (als man noch glaubte, es könne einen Kompromiss geben) wies Wilhelmshavens IGS-Leiter Hildebrandt noch einmal darauf hin, dass an den Gesamtschulen die Schullaufbahnempfehlungen weit übertroffen werden.
Das hilft alles nichts; Schwarzgelb ist stur. Und entschlossen. Das neue Schulgesetz wurde am Nikolaustag im Landeskabinett entworfen und ohne vorherige Lesung im Landtag direkt an das Kultusministerium überwiesen. Es soll schon in der März-Sitzung vom Landtag verabschiedet werden. "Durchpeitschen" nennt man so etwas.
Um die Front der Gegner dieser "Reform" zu spalten, winkt die Regierung mit einer Möhre vor der Nase des Esels: Die Oberschulen können um einen Gymnasialzweig erweitert werden.

Den ganzen Tag

Dass Ganztagsschulen wichtig sind, um Schulfreude und Schulerfolg zu erhöhen, erklärte Bundesbildungsministerin Schavan (WZ, 12.11.). In Niedersachsen sind allerdings auch die Ganztagsschulen Etikettenschwindel. Hier werden die Kinder nicht den ganzen Tag beschult. Sie haben halbtags Schule, bekommen dann ein Mittagessen und dürfen, wenn sie wollen, am Nachmittag in der Schule bleiben, um sich von engagierten Müttern und Vätern oder von Übungsleitern aus Sportvereinen betreuen und unterhalten zu lassen.
Wilhelmshavener Schulleiter fordern ein verbindliches Nachmittagsangebot und außerdem Sozialpädagogen für die Ganztagsschule. Das würde Geld kosten, und deshalb wird es hier bei den Übungsleitern und den Muttis und Papis bleiben.
Angesichts dessen war die HRS Jever konsequenter: Sie hat sich gegen die Teilnahme an diesem Schwindel ausgesprochen. Schulleiter Niemann-Fuhlboom erklärte in der WZ vom 29.10., dass der Ganztagsbetrieb nur mit zusätzlichen LehrerInnenstunden sinnvoll ist. "Es gibt kein integriertes Bildungs- und Erziehungskonzept, keine Orientierung an einem Leitbild. Das ist pädagogisch nicht zu verantworten", so Niemann-Fuhlboom wörtlich.

Unsere Schule

Schlecht bestellt ist es in Niedersachsen auch um die Inklusion. Damit ist gemeint, dass Kinder mit Behinderungen gemeinsam mit nicht behinderten Kindern erzogen und unterrichtet werden sollen. Wie dieses Konzept umgesetzt wird, hat der Bildungsforscher Klaus Klemm untersucht. Niedersachsen liegt hier ganz hinten: Nur 6,6 % der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden gemeinsam mit anderen Kindern unterrichtet. Zum Vergleich: Der deutsche Durchschnitt liegt bei 18,4 % - Bremen kommt gar auf fast 40 %!
Wir schrieben an dieser Stelle einmal: Solange es die getrennte Beschulung von Kindern mit besonderen Förderbedürfnissen noch gibt, sollen die Sonderschulen auch gut ausgestattet sein. Die Wasserturmschule, die jüngst grundrenoviert wurde, steht bekanntlich zur Disposition; ein Grundschulzentrum soll in diesem jetzt schönen Haus entstehen. Einen Tag der offenen Tür mit Adventsbasar gab es in der Wasserturmschule Ende November. Und diese Gelegenheit nutzte man dazu, auf die beträchtlichen eigenen Leistungen der Schule bei der Renovierung des Gebäudes hinzuweisen. "Das ist unsere Schule, hier wollen wir bleiben", ist die Haltung der SchülerInnen, der Lehrkräfte und der Eltern. Hoffen wir, dass sie durchhalten!

Anette Nowak

Legal, illegal, scheißegal

Durch jahrzehntelange Verzögerungen bei der Umsetzung von gesetzlichen Bestimmungen zählt die WRG-Raffinerie derzeit bundesweit zu den schmutzigsten Anlagen.

(jm) Nachdem der texanische Ölmulti ConocoPhillips Maßnahmen getroffen hat, die WRG-Raffinerie einzumotten und seine dort Beschäftigten 'freizusetzen', machen sich die Abgemeierten auf die Suche nach einem neuen Investor, um ihre Arbeitsplätze zu retten. Dazu erhalten die Kollegen selbstredend eine breit angelegte Unterstützung aus Stadt und Land:

"Ein Netzwerk für den Erhalt der Wilhelmshavener Raffinerie hat gestern Niedersachsens Wirtschaftsminister Jörg Bode (FDP) mit Vertretern von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie der Stadt Wilhelmshaven ins Leben gerufen." (WZ, 10.11.10) Es gibt wohl kaum jemanden, der diese Bemühungen nicht durch einen Erfolg gekrönt sehen möchte.

Inzwischen hat man jedoch peinlichst zur Kenntnis nehmen müssen, wie aufwändig die Raffinerie modernisiert werden müsste, um sie auf den in der 'Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft' (TA-Luft) vorgeschriebenen Stand der Technik zu bringen. Jahrzehntelang haben es die wechselnden Eigentümergesellschaften immer wieder geschafft, die vielen erforderlichen Maßnahmen hinauszuzögern. Diesmal geht es dabei insbesondere um die aus der Raffinerie und bei der Schiffsbeladung entweichenden hochgiftigen Benzoldämpfe. Für solche Stoffe besteht in der TA-Luft bereits seit 1986 (!!) ein Minimierungsgebot; was praktisch bedeutet, dass die Anlagen auf jeweils neuesten technischen Stand nachzurüsten sind.

In der Novellierung von 2002 heißt es hierzu: *"Krebserzeugende, erbgutverändernde oder reproduktionstoxische oder Emissionen schwer abbaubarer, leicht anreicherbarer und hochtoxischer Stoffe sind soweit wie möglich zu begrenzen."* Alles dies trifft auf Benzol zu. Doch geschehen ist jahrelang viel zu wenig!

Um die Jahreswende 2005/2006 wurden diese Versäumnisse zum wiederholten Male zum Problem, als der damalige Eigentümer – die britische 'Louis Dreyfus Energy Holding Ltd.' die Raffinerie weiter verkaufen wollte. Um den Interessenten den Einkauf schmackhaft zu machen, ließ man sich vom Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg (GAA) am 17.02.2006 die Erhöhung der Kapazität von 10,4 auf 15,1 Mio. Tonnen Rohöldurchsatz genehmigen. Und damit stand dem Verkauf an ConocoPhillips nichts mehr im Wege: Bereits am 02.03.2006 konnte die WZ stolz verkünden: *"Verkauf der Raffinerie perfekt"*

Über den Preis für Mensch und Umwelt schwieg man sich allerdings aus. Dass sich die GAA mit der Erteilung dieser Genehmigung wegen der darin enthaltenen Vertagung der Einhaltung von Emissionsgrenzen für das hochgiftige Benzol äußerst schwer getan hat, geht aus ihrem Inhalt hervor. In die o.a. Genehmigung hat die GAA ganze Abschnitte aus der TA-Luft eingefügt, um sie dann doch nicht zu befolgen - z.B. folgende:

"Entspricht eine Anlage nicht den in der TA-Luft vom 27. Februar 1986 festgelegten Anforderungen zur Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen, soll in der nachträglichen Anordnung eine Frist eingeräumt werden, soweit das zur Durchführung der Maßnahmen unbedingt erforderlich ist. Sind die Anforderungen im Einzelfall durch eine Auflage oder eine nachträgliche Anordnung konkretisiert worden, sollen sie unverzüglich umgesetzt werden."

Doch das hat die GAA viele Jahre nicht gemacht. Diese Nichtbeachtung von Immissionsschutz-Bestimmungen kann man getrost als traditionell bezeichnen:

Schon beim Raffinerie-Transfer von Mobil Oil nach Bulkoil im Jahre 1990 hatte die Politik die Hände im Spiel, als die in der Großfeuerungsanlagen-Verordnung festgelegten Emissionsgrenzwerte den Verkaufsbemühungen geopfert wurden. Für deren Überschreitung erteilte das GAA eine Ausnahmegenehmigung mit der unzulässigen Begründung, dass die Installation einer Rauchgasentschwefelungsanlage wirtschaftlich unzumutbar sei. Unter diesen Umständen konnte man natürlich auch nicht auf dem eigenen - bereits im Jahre 1973 (!) erteilten - Vorbescheid für den Bau der Raffinerie mit folgender Bestimmung bestehen: *"Der Einbau einer Rauchgasentschwefelungsanlage muss erfolgen, sobald diese dem Stand der Technik entspricht, sofern nicht durch andere Maßnahmen eine Verminderung der SO2-Emissionen erreicht wird, die nach den jeweils geltenden Bestimmungen erforderlich ist."*

Jetzt ist es den Umweltschutzverbänden endlich auch gelungen, das gleichfalls jahrzehntelang missachtete Minimierungsgebot von diffusen Kohlenwasserstoffen (KW) und Benzol aus den Zirkeln der 'Bescheidwisser' ans Tageslicht zu ziehen. Lange wurde nicht wahrgenommen, dass mit jeder von der GAA genehmigten Produktionserhöhung auch die Emissionsfrachten dieser hoch gesundheitsgefährdenden Stoffgruppen anstiegen. Lagen sie bei der Wiederinbetriebnahme im Jahre 1991 bezüglich der KW bei jährlich schätzungsweise 2.100 Tonnen, so waren es zuletzt 2.700 Tonnen. Beim Benzol mutete man uns im gleichen Zeitraum eine Steigerung von schätzungsweise 75 auf zuletzt 97 Tonnen zu. Und in der Genehmigung der erneuten Produktionserhöhung im Jahre 2006 sah sich das GAA wieder einmal genötigt, der Giftküche großzügige Fristen einzuräumen: Ein Teil der Emissionsminderungsmaßnahmen auf dem Werksgelände sollte drei Jahre später - also 2009 - abgeschlossen sein. Für die Tanks wurde der WRG gar eine Umsetzungsfrist bis 2014 (!) eingeräumt - also stolze 28 Jahre nach Inkrafttreten der 'TA-Luft 86'.

Bezüglich der bei den Beladungsvorgängen an den Schiffsanlegern entweichenden KW- und Benzol-Dämpfe wurden keinerlei verpflichtende Fristen festgelegt. Das GAA schlägt sich in der Genehmigung lediglich mit dem Hinweis an die eigene Brust, dass sie lt. Bundesimmissionsschutzgesetz (BimSchG) die Pflicht habe, die Einrichtung von Dämpfe-Rückgewinnungsanlagen durchzusetzen, wenn die genehmigte Produktionserhöhung auf 15,1 Mio. Tonnen ausgenutzt werden soll. Wobei dieser Hinweis - je nach Dafürhalten - als entschlossene Drohung oder eher als entschuldigendes Bedauern ausgedeutelt werden kann. Folgende Aussage führt das machtpolitische Dilemma, in dem die GAA steckt, recht deutlich vor Augen:

"Die Umschlaganlagen auf dem Anleger der Raffinerie entsprechen nicht den allgemeinen Anforderungen der TA Luft 1986 und nicht denen der TA Luft 2002. Aus dem Genehmigungsbescheid vom 29.12.1988, der bereits die Forderung nach Errichtung der entsprechenden Anlagen enthält, kann gefolgert werden, dass in der Vergangenheit die Anforderungen technisch und auch nicht wirtschaftlich durchsetzbar waren."

Man glaubt hier geradezu körperlich zu spüren, wie unwohl sich die mit der Umweltaufsicht betraute Behörde vor fünf Jahren bei Erteilung der Genehmigung gefühlt haben muss.

Es ist ja auch wirklich kein Pappenstiel, was die GAA gegen ihre offensichtliche Überzeugung genehmigt hat:

Beim Ölumschlag an den Schiffsanlegern fällt mehr als die Hälfte der Emissionsfrachten an KW- und Benzol-Frachten an. Und bei Ausnutzung der genehmigten Produktionserhöhung würden die jährlichen KW-Frachten ohne Dämpferückgewinnung noch mal ansteigen, nämlich von 1.346 auf 1.701 Tonnen und die Benzolfrachten von 36,8 auf 48,3 Tonnen! Dabei ist es technisch seit langem möglich und gesetzlich vorgeschrieben, 99% davon zurückzugewinnen.

Nun versucht man also zum vierten Mal, einen neuen Eigentümer zu finden, und offenbar liegt wiederum die seit einer kleinen Ewigkeit zwingend erforderliche Nachrüstung mit Dämpfe-Rückgewinnungsanlagen als Stolperstein im Weg.

Dabei hatte ConocoPhillips der GAA seinerzeit bereits neben dem (bekanntlich abgebrochenen) Realisierungsvorhaben 'Wilhelmshaven Upgrader Project' (WUP) auch einen Terminplan für die Fertigstellung ihrer Umschlaganlagen mit Dämpfe-Rückgewinnungsanlagen genannt. Danach sollten diese Anlagen bis Oktober 2010 auf dem Küstenanleger und bis 2012 auf dem Inselanleger betriebsbereit sein. Zwar hat man die Rückgewinnungsanlage auf dem Küstenanleger dem Vernehmen nach inzwischen soweit hergerichtet, dass der Probebetrieb aufgenommen werden könnte. Geht aber nicht, weil dort keine Tanker mehr beladen werden können, weil die Raffinerie ja bekanntlich seit mehr als einem Jahr keine Ölprodukte mehr produziert und exportiert. Auf dem Inselanleger passiert bezüglich der Dämpferückgewinnung – wie zudem vertraulich berichtet wird - gar nichts. Daraus wird der Schluss gezogen, dass ConocoPhillips dafür kein Geld bereitstellt.

Es ist ja auch gar nicht so abwegig, dass der Multi darauf setzt, dass die o.a. 'Netzwerker für den Erhalt der Wilhelmshavener Raffinerie' nach bewährtem Muster schon dafür sorgen werden, dass dieser Stolperstein nochmals - wie gehabt - aus dem Weg geräumt wird. Schließlich hält er die Trumpfkarte 'Arbeitsplätze' in der Hand – und die sticht so

gut wie immer. Die GAA-Beamten, die das ungesetzliche Geschacher mal wieder besiegeln sollen, können einem jetzt schon leid tun.

Das Fingerhakeln um Arbeitsplätze hat übrigens schon begonnen:

Mit 400 zur Disposition stehenden Arbeitplätzen im Rücken hat ConocoPhillips den Verzicht *"... auf die wiederkehrende Messung des Benzo[a]pyren-Gehaltes (B[a]P) in den eingesetzten Rohölen sowie im Vakuumrückstand"* beantragt.

Benzo[a]pyren gilt als Prototyp der polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffe. In der Bestimmung der Umweltbelastung durch diese Stoffgruppe wird meist Benzo[a]pyren als Referenz verwendet. Es wird nach seinem Gefährdungspotential als giftig und umweltgefährlich bezeichnet. (Quelle Wikipedia)

Diese dem Multi nicht genehme Bestimmung ist jedoch eng mit der genehmigten Produktionserhöhung auf 15,1 Mio. Tonnen Rohöldurchsatz verzahnt, die ausschließlich für die Verarbeitung qualitativ hochwertiger (leichter) Rohöle, d.h. das Öl aus der Nordsee, gilt. ConocoPhillips hat aber darüber hinaus die Genehmigung für die Verarbeitung der schweren russischen Rohölsorte , REBCO' bekommen, das sehr viel schadstoffhaltiger ist. Doch da man davon nur 10,4 Mio. Tonnen pro Jahr verarbeiten könne, wirke sich der Einsatz dieser Rohölsorte nicht auf die genehmigte Produktionserhöhung aus, heißt es seitens der WRG. Nicht ohne Grund will die GAA wissen, wie sich dessen Einsatz auf die Emissionen von Benzo[a]pyren auswirken würde. Und dafür sind Messungen erforderlich. Doch – aus welchen Gründen auch immer – das möchte ConocoPhillips nicht. Und die Netzwerker – allen voran der Niedersächsische Wirtschaftsminister Jörg Bode – können sich aller Erfahrung nach fest auf dessen Ministerkollegen Hans-Heinrich Sander verlassen. Dieser Herr wird gegenüber der ihm in seiner Funktion als Umweltminister unterstellten GAA schon sein Interesse an einem reibungslosen Genehmigungsverfahren dezent zu verstehen geben.

Herr Sander kann auch jetzt schon ganz zufrieden sein, denn die GAA hat bereits bei der Prüfung des Antrags auf Verzicht der o.a. Messungen vorsorglich festgestellt, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung in diesem Verfahren nicht erforderlich sei. Damit ist - wie gehabt - schon mal ein möglicher 'Störfaktor' ausgeschaltet worden. So werden wieder einmal die wenig verkaufsfördernden gesetzlich geregelten Schutzansprüche von Mensch und Natur den Profiterwartungen eines Investors unterworfen.

Bei aller Erleichterung über eine Rettung der WRG-Arbeitsplätze könnte daher ein Wermutstropfen diese Freude vergällen: Dass nämlich beim Eigentümerwechsel wieder mal - was den Emissionsnotstand bei der Raffinerie betrifft - alles so bleibt, wie der Vorsitzende des Naturschutzverbands Niedersachsen (NVN) Dr. Christian Eberl den heutigen Betriebszustand der Raffinerie auf dem Voslapper Groden beschreibt: *"Deutschlandweit gehört die WRG in dieser Hinsicht (mit Abstand!!!) zu den "schmutzigsten" Anlagen, insbesondere bei Benzol und Benzo-Pyren."* ❑

Gutachten für die Katz ...

Flächen stehen dem Naturschutz nicht zur Verfügung

(jm) Bei der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr läuft jetzt die Prüfung der im Rahmen des Planfeststellungverfahrens für die nördliche Gleisanbindung des Inneren Hafens von Wilhelmshaven von den Verfahrensbeteiligten abgegebenen Stellungnahmen.

Im Rahmen der Umweltverträglichkeit hatten die Vertreter der Niedersächsischen Umweltverbände BUND und LBU moniert, dass nicht ausdrücklich vorgesehen sei, dass die Bauarbeiten während der Brutzeit verboten werden sollen.Weiter wurde von den beiden Verbandsvertretern u.a. beantragt, die 205 zu fällenden Bäume, die unter die Baumschutzsatzung fallen, vollständig durch ortsnahe Neuanpflanzungen zu kompensieren.

Daraus entspann sich in der Erörterung eine Kontroverse zwischen den Vertretern der Umweltverbände und den Vorhabensträgern. Letztere behaupteten, im trassennahen Bereich befinde sich keine Fläche, die aufgrund ihrer Größe und Qualität für die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen geeignet sei. Aus diesem Grund seien Ersatzzahlungen zu leisten.

Dagegen erklärten die Verbandsvertreter, dass im Bereich des Heppenser Grodens ausreichend Flächen vorhanden seien.

Zwar wurde von den Vertretern des Stadtbauamtes bestätigt, dass im Heppenser Groden freie Flächen vorhanden seien. Die stünden jedoch nicht für Naturschutz- und Ausgleichsmaßnahmen zur Verfügung. Im Stadtbereich von Wilhelmshaven seien dafür drei Flächenpools vorhanden. Die Baumschutzsatzung enthalte die Auflage, Ersatzpflanzungen vorzunehmen. Erst wenn diese Ersatzpflanzungen den Eingriff nicht kompensierten, würden Ersatzzahlungen fällig. Diese Mittel seien dann für andere Ausgleichsmaßnahmen bestimmt. Dagegen führten die Verbandsvertreter an, dass ein finanzieller Ausgleich lt. Beschluss des Bundesrats unstatthaft sei.

Dies wird von den Vertretern des Stadtbauamtes zwar bestätigt, doch dann schob man andere Hemmnisse vor: Die vorhandenen freien Flächen im Heppenser Groden stünden nicht für Naturschutz- und Ausgleichsmaßnahmen zur Verfügung. Solche Flächen seien im Flächennutzungsplan, der im Planbereich Gewerbeflächen ausweise, sowie zur Zeit auch im Bebauungsplan nicht vorgesehen.

In Erwiderung dessen wiesen die Verbandsvertreter darauf hin, dass die Stadt es mit den Planungsvorgaben sonst auch nicht so genau nehme: So hat sie mit dem Bau des Schlachthofs gegen die Vorgabe im Raumordnungsprogramm, den Heppenser Groden als Teil des Vorranggebietes für hafenorientierte wirtschaftliche Anlagen in Wilhelmshaven zu entwickeln, verstoßen. Und zur Zeit würde dort der Hauptsitz der 'Firmengruppe Nietiedt' errichtet, der auch nicht den Vorgaben des LROP genüge.

Doch das lassen die Vertreter der Stadt einfach von sich abperlen, wie ihre Antwort auf den nächsten Antrag deutlich macht: Es würde den Festsetzungen im Bebauungsplan Nr. 203 im Heppenser Groden zuwiderlaufen, als Ersatz für die abgängige Straße 'Am Maadesiel', einen neuen Weg im Heppenser Groden anzulegen und beidseitig mit bodentypischen Gewächsen zu bepflanzen.

Bezüglich des Bahnverkehrs wiesen die Verbandsvertreter auf einen Widerspruch im Antrag hin: Einerseits rechnet man mit acht Zügen, die das Nordgleis im Jahre 2025 täglich frequentieren, und taxieren den Emissionsausstoß als entsprechend gering ein. An anderer Stelle wird zur Rechtfertigung des Bauvorhabens das 'enorme Erschließungspotential' hervorgehoben, *"... das weit über die ausschließliche Anbindung des Inneren Hafens hinausgeht."*

Das 'enorme Erschließungspotential' auf den Grodenflächen mit zusätzlichem Bahnverkehr wird in den Schadstoff- und Lärmgutachten jedoch nicht berücksichtigt. Doch mit diesem Widerspruch haben die Planer keine Probleme: Eine Kontingentierung sei nicht möglich, die Schiene sei ein Verkehrsweg, der nicht beschränkt werden dürfe.

Die Verbandsvertreter wiesen in der Erörterung abschließend darauf hin, dass die Lärmgrenzwerte im Bereich des als reines Wohngebiet ausgewiesenen Ortsteils 'Voslapp Süd' schon heute überschritten würden. Zudem sei nicht auszuschließen, dass die Lärmgrenzwerte auch in Rüstersiel künftig ohne Kontingentierung überschritten würden.

Doch ungerührt verweist der städtische Vertreter hierzu auf die Berechnung im Lärmgutachten, in dem die Trennung Straße/Gewerbe und Schiene richtig erfolgt sei.

Man fragt sich jetzt natürlich, wozu man da noch Geld für Schadstoff- und Lärmgutachten ausgegeben hat?! Ach so - beinah' vergessen: Diese Verschwendung ist ja gesetzlich vorgeschrieben ... ❑

Minicar Dirks
☎772211

Wir haben unseren Fuhrpark um einige Großraumfahrzeuge erweitert

Was ist links?

Steht die Wilhelmshavener Linke vor der Spaltung?

(hk/iz) Mit traumhaften Ergebnissen zur Landes- und Bundestagswahl ließ die Linke in Wilhelmshaven aufhorchen. In der Südstadt kam sie bei der Landtagswahl 2008 auf satte 21%, und bei den Erststimmen kam die Linke-Kandidatin Anette Nowak auf 10,6%. Mit 11,3% ließ die Linke Grüne (7,7) und FDP (8,1) schwach aussehen. Keine zwei Jahre später geht ein tiefer Riss durch die Partei, die inzwischen kaum noch arbeitsfähig ist.

Was ist geschehen?

Mit großem Brimborium waren im September 2009 16 SPD-Mitglieder aus ihrer Partei ausgetreten. Das Bürgerportal schrieb damals: *Die ausgetretenen Genossinnen und Genossen waren teils jahrelang tragende Säulen ihrer Ortsvereine und des KV-Vorstandes. Es gehen die beiden stellvertretenden KV-Vorsitzenden Detlef Schön und Elke Wohler-Heckmann, die Ratsfrau Barbara Ober-Bloibaum, der stellvertretende Vorsitzende des OV West, Hans Ober-Bloibaum, Tim und Stephanie Sommer, Jens Bertram, Birgit Tönjes-Deye aus dem Vorstand des OV Süd, Nadine Osterkamp vom JUSO-Vorstand, sowie weitere Mitglieder.*

Ein Teil der ausgetretenen Genossen entschloss sich, der Linken beizutreten. Und so fanden sich auf der Liste des am 12. November 2009 neu gewählten Vorstands auch schon zwei ehemalige SPDler. Die Arbeit lief gut an, gestärkt konnte sich die Linke in die kommunalpolitischen Auseinandersetzungen stürzen. Irgendwann gab es dann einen Knacks und es entwickelten sich nebeneinander agierende Gruppen. Auf der einen Seite entstand eine Gruppe, die wir im folgenden die 'Fraktion' nennen, die sich um die MacherInnen des Epi-Zentrums (hierüber werden wir in der nächsten Ausgabe berichten) scharten und aus Leuten wie dem Mitglied des Stadtrates Johann Janssen und des Vorstandsmitglieds Klaus Heckenbach (Beisitzer) bestanden. Janssen und Heckenbach gehören inzwischen nicht mehr dem Vorstand an. Zu dieser Gruppe gesellte sich auch das Mitglied des Ortsrates Sengwarden Johann Wilms. Die Gruppe auf der anderen Seite besteht aus dem Rest-Vorstand um Anette Nowak und mehreren Ex-SPDlern.

Die gemeinsame Arbeit wurde immer problematischer und der Bruch immer offensichtlicher. Auf der Kreismitgliederversammlung am 14. August 2010 wurde dann ein Antrag auf Abwahl der Vorstandsmitglieder Nowak, Schön und Hoppe gestellt, der jedoch keine Mehrheit fand.

Am 19. August 2010 wurde vom Oldenburger Antifa-Café eine 'Warnung' vor zwei Personen namens Juli und Manu auf die Internetplattform 'indymedia' gestellt. In dieser Warnung heißt es u.a.: *"Seit etwas mehr als einem Jahr bewegen sich zwei Personen in linken/linksradikalen Kreisen im Weser-Ems-Gebiet, vor denen wir eindringlich warnen. Sie treten unter den Alias-Namen "Juli" und "Manu" auf. (...)Bei "Juli" handelt es sich um ein ehemals führendes Mitglied und die Mitbegründerin einer bedeutenden Nazi-Kameradschaft. In mehreren Gesprächen tischte sie uns die unterschiedlichsten Versionen ihres "Ausstiegs" auf. (...) Aus diesen (und vielen weiteren) Gründen sehen wir keine andere Möglichkeit, als jegliche politische Zusammenarbeit mit "Juli" einzustellen.* Als Folge dieser Warnung wurden die beiden, die inzwischen Mitglieder der Wilhelmshavener Linken waren, aus dem Wilhelmshavener **Netzwerk gegen Rechts** ausgeschlossen. Bei der Linken ließ sich die Sache schwieriger an, weil die beiden starke Fürsprecher innerhalb des Wilhelmshavener Kreisverbandes hatten.

Die Zusammenarbeit innerhalb der Linken wurde zur Tortur. Es entstand ein Klima des Misstrauens und des Gegeneinander.

Erheblich verschärft wurde die Situation noch durch ein Interview Johann Janssens mit der Wilhelmshavener Zeitung, in dem Janssen sich die Thesen Theo Sarrazins zu eigen machte und sie direkt auf Wilhelmshaven anwendete. Der Kreisvorstand der Wilhelmshavener Linken distanzierte sich von Janssens Ausführungen: *(...) Es ist auch wenig hilfreich, wenn Johann Janssen Tabus brechen und nach der deutschen NS-Vergangenheit wieder bestimmte Worte in den Mund nehmen möchte. Die Nazi-Vergangenheit lehrt uns: "Wehret den Anfängen". Rasse- und Vererbungstheorien gehören nicht zum Gedankengut der LINKEN. Und unverständlich ist, dass Johann Janssen den niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders zu einem "Kritiker" aufwertet.*

Der Gegenwind sprach mit den Vertretern der 'Fraktion' Johann Janssen, Johann Wilms und Klaus Heckenbach.

Gegenwind: *Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Bei der Linken in Wilhelmshaven ist der Wurm drin! Da gibt es wohl eine Spaltung in eine Gruppe, die sich "Fraktion" nennt und in die Vorstandsgruppe.*

Klaus Heckenbach: Das Problem ist, dass vom Vorstand mehrfach versucht wurde, massiv demokratische Abstimmungen zu manipulieren.

Johann Wilms: In der Mitgliederversammlung sind Misstrauensanträge gegen den Vorstand gelaufen – die sind gescheitert.

Gegenwind: *Und damit seid ihr nicht zufrieden. Wollt ihr solange abstimmen, bis eure "Demokratie" durchgesetzt ist?*

Johann Wilms: Der Vorstand als solches erarbeitet alles, stimmt alles ab, lenkt alles. Es wird über nichts gesprochen.

Johann Janssen: Ein Beispiel wie es vorher war und wie es jetzt ist: Als die Partei gegründet wurde, da haben wir uns basisdemokratisch verhalten. Und das hat sich seit Tim Sommer und die SPD-Leute eingetreten sind, grundlegend gewandelt. Es ist unterschieden worden zwischen einfachen Mitgliedern und anderen Mitgliedern.

Gegenwind: *Dann ging es noch um die Bildung von Ortsverbänden*

Johann Janssen: Das haben wir zunächst mal gutwillig mit abgestimmt und haben die Ortsverbände mit gegründet.. Wir wollten in die Fläche gehen und mit den Leuten reden – das wollten wir mit den Ortsverbänden. Aber die Leute, die uns angeschnackt hatten, dass wir Ortsverbände gründen sollten, die hatten was anderes damit im Sinn.

Gegenwind: *Wie sieht denn nun konkret eure Kritik aus?*

Johann Janssen: Die Mitglieder können sich hier zwar hinsetzen, können auch etwas beraten, können aber keine mehr Politik machen. Das Argument der anderen war: Das ist zu chaotisch, wenn immer neue Mitglieder kommen und alles umgeworfen wird – das geht nicht. So war es teilweise auch, aber immerhin hat es wesentlich besser funktioniert.

Gegenwind: Aber ist es ist nicht demokratischer, wenn sich die Arbeit auf viele Ortsverbände verteilt und diese entsprechend agieren und Politik machen können.

Johann Wilms: Bis dahin hatte aber niemand ein Problem, hierher zu kommen und hier an diesen Mittwochabenden zu reden und sich einzubringen.

Klaus Heckenbach: Also, die Ortsverbände funktionieren nicht wirklich, die Treffen werden sehr schlecht besucht, Entscheide die getroffen wurden, wurden ignoriert. Der Vorstand setzt sich über die Entscheidungen der Mitgliedschaft hinweg.

Gegenwind: *Es gab ja diesen Mittwochskreis, wo intensiv diskutiert wurde – nun gibt es ja gerade wenn man im Rat vertreten ist, auch bestimmte Termine, Vorgaben, bis wann irgendetwas entschieden worden sein muss, ob das jetzt im Rat ist oder für die Landesebene mit Blick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen. Könnt ihr das irgendwie differenzieren.*

Klaus Heckenbach: Es gibt ein umfangreiches Rahmenwahlprogramm das in ganz Niedersachsen zur Geltung kommen wird.

Gegenwind: Was in Emden jetzt beschlossen wurde?

Klaus Heckenbach: Ja. Es ist sehr, sehr umfangreich. Man muss das natürlich dann mit den Gegebenheiten vor Ort in Einklang bringen und vor allen Dingen die Schwerpunkte,

Musikschule
school of rock
wilhelmshaven
schlagzeug - gitarre - bass
keyboard - gesang - recording
...learn to play.
www.schoolofrock-whv.de
info@schoolofrock-whv.de
Tel.: 04421/366423

Rechtschreibwerkstatt
Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

die vor Ort interessieren und was uns hier auf den Nägeln brennt, mit einarbeiten.

Gegenwind: Aber ist das nicht genau das, was ihr eigentlich ablehnt? Wurde hier nicht vorher schon mal gesagt, wir machen ein Kommunalwahlprogramm – aber das war auch dann doch schon wieder zu weitgehend und zu vorgegliedert.

Klaus Heckenbach: Es hat schon Arbeitskreise gegeben, aber deren Ergebnisse sind dann vom Vorstand ignoriert worden.

Gegenwind: *In gut neun Monaten ist Kommunalwahl.*

Klaus Heckenbach: Wir müssen unsere Listen, soweit ich weiß, Ende Juno Anfang Juli einreichen. Diese Zeit sollte man sich auch nehmen. Ich gehe davon aus, dass da noch eine ganze Menge guter Leute kommen werden. Wir sollten da flexibler sein − das sollte uns auch von den anderen Parteien unterscheiden.

Johann Janssen: Vielleicht noch mal eben zur Klarstellung dieses Wahlprogramms. Wir sind ja paralysiert, wir sind seit mindestens einem viertel Jahr paralysiert. Wir kommen nicht zum Arbeiten. Wir versuchen diese Lähmung dadurch zu überwinden, dass wir Mitgliederversammlungen machen. Wir hatten jetzt die dritte, und die ist wieder nicht ordentlich zustande gekommen und war schon nach einer halben Stunde erledigt. Mitglieder, die lange in der Partei sind, die sind nicht eingeladen worden, Mitglieder, die kürzer in der Partei sind, sind eingeladen worden.

Klaus Heckenbach: Also konkret geht es darum, dass der Vorstand sagt, er hätte keine Kenntnis gehabt, dass 14 Leute Mitglied unserer Partei werden wollen ...

Gegenwind: *Mitglied werden wollen oder Mitglied sind?*

Klaus Heckenbach: Ich würde sagen, dass die Mitglied sind, die sind weit vor dem 10. September (Termin der 2. KMV) Mitglied geworden. Es sieht so aus, als würde man nur noch selektiv Mitglieder aufnehmen.

Gegenwind: *Eine Partei muss sich natürlich davor schützen, dass durch einen Masseneintritt geputscht wird.*

Klaus Heckenbach: In der Vergangenheit war das hier so, dass der Vorstand eigentlich nur organisatorische Aufgaben hatte, der hat sich nicht so sehr in den Vordergrund gestellt. Heute ist das so, dass der Vorstand die ganze politische Arbeit auf sich monopolisiert und dass eben auch Entscheidungen der Mitgliedschaft ignoriert werden.

Gegenwind: Ein ähnlicher Vorwurf wird euch ja auch gemacht, dass bei der KMV im September hier auf einmal Leute auftauchten, die behaupteten Mitglieder zu sein, ohne dass das nachprüfbar war. Gibt es eigentlich auch inhaltliche Konflikte bei euch. Bisher war ja alles nur formales.

Klaus Heckenbach: Ich glaube wir brauchen uns nicht über Inhalte zu unterhalten, wenn wir uns über die Frage "Sind wir demokratisch?" nicht einig sind. Ich sage ganz klar, demokratische Verfahrensweisen sind hier in den letzten Monaten mit den Füßen getreten worden.

Gegenwind: *Das ist ja starker Tobak.*

Johann Janssen: Ich möchte noch dazu sagen, dass sich die Partei gespalten hat und das es da auch um inhaltliche Positionen geht. Also mal ganz grob gesagt, das Epi-Zentrum in der Marktstraße und Leute, die das unterstützen wollen, da gibt es persönliche und politische Animositäten. Das ist die alte Spaltung im linken Lager zwischen Sozialdemokratie und Kommunisten, die sich da manifestiert. Das sind die Sozialdemokraten, das sind die Chaoten. Chaoten, Gewalttäter, Trunkenbolde − wir sind da ganz schlimm diskriminiert worden. Ich wende ich mich ganz speziell dagegen, dass Leute, die sowieso schon unten angekommen sind, auch noch einen Tritt von der Partei hinterher kriegen.

Gegenwind: Wenn ich mir die Pressemitteilungen der Linken anschaue, und die werden ja von den Leuten gemacht, die ihr bekämpft, dann sehe ich da aber keinen Widerspruch zu den Positionen der Linken.

Johann Janssen: Ich bin nur überrascht, dass ich eine Pressemitteilung der Linken lese und habe die Diskussion überhaupt nicht mitgekriegt. Obwohl ich jeden Mittwoch hier bin. Das ist vielleicht noch wichtig zu sagen: Beim zweiten Mal (gemeint ist die 2. MV im September 2010) hatten wir uns ja auch heftig zerstritten. Da ging es um mein Sarrazin-Interview, da kriegte ich ordentlich einen auf den Deckel − aber das ist ein anderes Thema. Da war die Landesvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz hier; und es ging um dieses Thema; ich war da zwar drauf vorbereitet, habe aber nicht gedacht, dass es da so zur Sache ging und ...

Gegenwind: *Da bist Du ja ziemlich alleine drauflosmarschiert – auf diese Sarrazin-Geschichte*

Johann Janssen: Ja, ja. Dann hatte die Steggewentz und auch die Versammlung es für gut befunden, dass ich das als meine persönliche Meinung kund tun solle und das habe ich dann auch gemacht. Am Besten hätten sie gefunden, dass ich das zurück nehme, zumindest einiges davon. Das habe ich aber nicht gemacht. Nach dieser chaotischen MV haben wir uns mit Giesela Brandes-Steggewentz drauf geeinigt, dass wir ein Mediatoren-Gespräch führen. In beiden Fraktionen gibt es Kräfte, die wollen, das es wieder zusammen geht.

TRIANGEL
second-hand-shop
An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten,
Literatur + Comics u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

Betreutes Weihnachten
BAVARIA KRUG
Seit 1913!

Klaus Heckenbach: Es geht ja darum, dass man nicht mehr zusammenarbeiten kann. Wir wollen demokratisch arbeiten und wir wollen wieder Verhaltensweisen in diese Partei einführen, das alle beteiligt werden. Es gibt da nur eben eine Gruppe, die das gar nicht will.

Gegenwind: Kannst Du das mal konkretisieren?

Klaus Heckenbach: Wir haben ja bisher immer sehr basisdemokratisch gearbeitet. In dem Sinne haben wir einen Vorstand, der uns politisch vor stand praktisch nie gehabt. Wir wollen da auch irgendwie wieder hin kommen - auf diese alte Linie. Das haben wir auch in Anträgen formuliert, die aber noch nicht abgestimmt wurden. Ich kann die ja mal vorlesen: V*orstandssitzungen finden künftig wöchentlich jeden Mittwoch statt und werden mit den bisherigen Mitgliedertreffen kombiniert. Mitglieder haben auf allen Vorstandssitzungen Rederecht.* Das Rederecht wurde den Mitgliedern ja entzogen.

Gegenwind: *Reduziert oder entzogen?*

Klaus Heckenbach: Entzogen. Mitglieder haben auf Vorstandssitzungen kein Rederecht mehr gehabt. Jetzt wird es wieder gnädig erlaubt. Ein Gnadenakt. Ein weiterer Antrag lautet: *Die Außendarstellung der Partei, wie z.B. Presseerklärungen und politische Aussagen, erfolgen nicht mehr durch den Vorstand alleine, sondern nur nach Rücksprache und Diskussion mit dem wöchentlichen Mitgliedertreffen. Mitglieder können auf der Versammlung Tagesordnungspunkte vorschlagen.*

Gegenwind: *Aber da ist doch eine Lähmung der Arbeit vorprogrammiert. Da kann doch ohne Probleme jede Vorstandssitzung in jede Richtung instrumentalisiert werden. Das kann doch nicht sein.*

Klaus Heckenbach: Der Vorstand macht doch was er will, er schreibt was er will, er stellt sich dar wie er will und wir stehen vor einer Wand.

Johann Janssen: So eine Sache, wie wir sie vorschlagen, kann man nur machen, wenn man sich vertraut und wenn man die grobe Linie in der Mitgliederversammlung festgelegt hat, die eben nicht nur einmal im Jahr stattfinden sollte, sondern 2 mal. Es hat ja in der Vergangenheit funktioniert.

Klaus Heckenbach: Dadurch, dass alle mitarbeiten konnten, war es ja so, dass die Mitgliedertreffen immer gut besucht waren. Eine Partei, die damit Werbung macht, dass man als Mitglied mitbestimmt, und dann genau dieses Mitbestimmungsrecht verhindert... Das

soll nach dem Parteiprogramm bei uns ja gerade anders sein. Wir wollen eben nicht so sein, wie die anderen Parteien.

Johann Janssen: Das Wort von Tim Sommer: Es gibt einfache Mitglieder und es gibt andere Mitglieder, wir brauchen keine Leute, wir brauchen Mandate - das ist ein ganz böses Wort und lässt tief blicken. Natürlich brauchen wir Mandate, aber wir brauchen auch Mitglieder, wir brauchen eine lebendige Parteiarbeit mit den Mitgliedern. Wir müssen eine richtige Basispartei sein. Das ist meine Vorstellung und ich glaube, die trifft sich mit vielen aus unserer Fraktion.

Gegenwind: Euer Antrag, die Vorstandssitzungen nur noch öffentlich mit Mitgliedern durchzuführen kann doch nur klappen, wenn es beiden Seiten gelingt sich zurückzuschrauben. Wenn ihr diesen Vorschlag jetzt durchkriegt – habt ihr dann nicht ein Mittel in der Hand, den Vorstand auszuhebeln?

Klaus Heckenbach: Dazu der nächste Antrag: *Der Vorstand konzentriert sich auf seine verwaltenden Kernaufgaben. Die politische Geschäftsführung soll nur in Übereinsummung mit den wöchentlichen Mitgliedertreffen erfolgen.* Und das funktioniert in der Praxis auch, das hat jahrelang funktioniert.

Johann Janssen: Also mit einer so tiefen Spaltung, wie wir sie jetzt haben, kann man überhaupt nichts machen. Das Misstrauen ist auf beiden Seiten riesengroß. Ob das wieder zusammen kommt, weiß ich nicht, aber ich denke mir, es kann nur über eine Mediation gehen. Wir brauchen da einen unabhängigen Menschen, das kann auch ein Nicht-Politiker sein, der das wieder zusammen bringt.

Gegenwind: *Du hattest eben das Wort Vertrauen benutzt, das ist ja ganz wichtig in dieser Diskussion. Delegieren, bestimmte Leute wählen – das hat ja immer mit Vertrauen zu tun. Man ist in einer Partei, weil man ja einen Grundkonsens hat.*

Klaus Heckenbach: Wir haben Leute gewählt. Man sieht aber erst, wenn sie in den Positionen sind, wie sie arbeiten.

Johann Janssen: Als Tim Sommer hierher kam, waren wir eigentlich ganz froh. Viele sagten der kann was, der kann prima reden, der hat sich ja auch schon viele Verdienste erworben, der hat sich eingesetzt. Dann habe ich aber mit Leuten aus der SPD gesprochen, die haben gesagt, wenn der hier irgendwas wird in der Partei, dann seid ihr weg vom Fenster. Aber ich wollte was anderes sagen. Als Tim sich hier vorstellte und wir ihn begrüßt haben, hat Anette in sehr verdienstvoller Weise gesagt: Bitte Tim, führe nicht deine Kriege im Internet mit uns und Genossen, die dir nicht passen, die Du in deiner alten Partei geführt hast, das wollen wir hier nicht. Das wurde schon ganz deutlich gesagt, und genau das ist passiert. Nicht wenig später sind die ganzen fiesen Internet-Kriege geführt worden, da bin ich in die neonazistische Ecke gestellt worden. Und deswegen ist es noch viel wichtiger, dass wir hier an einen Tisch kommen, dass wir das den anderen genau ins Gesicht sagen.

Johann Wilms: Was der Vorstand will, muss ich ehrlich sagen, das weiß sich nicht. Das wissen wir nicht. Vielleicht aktiviert sich der Landesvorstand da ein bisschen mehr, mit der Schiedskommission zusammen.

Gegenwind: *Ihr konzentriert euch sehr auf Tim Sommer?*

Johann Wilms: Ich habe eine Umfrage in einer Mitgliederversammlung gemacht: 'Was glaubt ihr, wenn Tim Sommer nicht mehr bei uns ist, wie viel, in Prozentzahlen, es uns besser geht?' 70 bis 80 Prozent! Das ist einfach nur eine Aussage von verschiedenen Mitgliedern.

Johann Janssen: Er ist ja auch ein Macher, ein aktiver Mensch, er will etwas und er hat sich als Hauptgegner so herausgestellt.

Gegenwind: *Bereitet ihr euch eigentlich schon so ein bisschen auf die Spaltung vor?*

Johann Janssen: Wir haben alles mögliche gedanklich durchgespielt − wir wollen keine Spaltung, wir wollen die Partei erhalten.

Gegenwind: Ich frage, weil ich sehe, dass seit einiger Zeit die LAW[1)]-Internet-Seite wieder ganz aktiv bearbeitet wird, obwohl es im September letzten Jahres einen Beschluss gab, die Seite einzufrieren.

Johann Wilms: Es ist ein Vorstandsbeschluss der LAW, die Seite wieder aufzumachen. Und die Seite wird wieder aktiviert. Es geht letztlich darum, dass wir ein Sprachrohr haben.

Klaus Heckenbach: Damit haben wir eine Möglichkeit, der Zensur auszuweichen.

Johann Janssen: Es gibt bei uns sicherlich Gedankenspielereien. Wir meinen schon, dass es die Linke sein soll und das machen wir auch immer wieder deutlich. Und wir wollen auch mit denen wieder zusammen arbeiten. Nur bei Leuten wie Tim Sommer ist der Faden ziemlich kaputt. Da irgendein Verhältnis wieder aufzubauen ... aber ansonsten besteht der Wille zur Zusammenarbeit.

Gegenwind: *Aber nur unter euren Vorzeichen. Tim Sommer weg, Anette Nowak weg ...*

Johann Janssen: Nein, nein.

Gegenwind: *Aber es gibt doch von euch einen Antrag ...*

Johann Janssen: Der jetzt existierende Vorstand hat sich im Laufe der Monate vollkommen von der Basis entfernt, der hat das Vertrauen der Basis nicht mehr und ich meine, wir müssen einen neuen Vorstand wählen.

Klaus Heckenbach: Wir haben ein Problem.

Gegenwind: *.. und nicht alle Zeit der Welt, es zu lösen. Wie geht es weiter?*

Johann Janssen: Unsere Partei ist nicht in der Lage, einen solchen Streit zu schlichten. Es sind so viele Verletzungen gelaufen. Hier am Tisch müssen wir miteinander sprechen. Es müssen zwei Dinge geschehen, es muss eine ordentliche Mitgliederversammlung einberufen werden und es muss eine Mediation durchgeführt werden.

Klaus Heckenbach: Es wird weiter gehen. Die Linke ist aus der Parteienlandschaft nicht mehr wegzudenken, auch nicht in Wilhelmshaven. Wir haben hier im Kreisverband im Moment Probleme − und wir werden sehen, wer an der Lösung mitarbeiten will und auch, mit wem es überhaupt nicht geht. Es gibt durchaus Leute, mit denen es überhaupt nicht gehen wird! Die Linken können sich immer daran messen, ob sie Politik fürs Eigen- oder fürs Gemeinwohl machen. Die Leute, die hier Politik nur fürs Eigenwohl machen, die werden nicht lange glaubhaft bestehen können.

Gegenwind: *Vielen Dank.* ❑

1) In der LAW haben sich Menschen aus der WALLI (Wilhelmshavener Alternative Liste), der WASG (Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit) und der Linkspartei sowie parteilose Linke zusammengeschlossen. Die LAW soll 'abgewickelt' werden und in die Linke übergehen, die Ratsvertreter haben sich bereits der Linken angeschlossen.

Günstige Finanzierungen

Sie wollen: kaufen, bauen, renovieren, modernisieren, umfinanzieren oder sich den derzeitigen Zins sichern?

Konditionen auf Anfrage

Finanzdienstleistungen
Generalagentur
Holger Janßen, Gökerstr. 216
26386 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 77 45 43
Fax: 04421 / 96 66 90

SPOONER
Anziehsachen
Marktstr. 19
gegenüber Hertie
26382 WHV

www.myspace.com/spooneranziehsachen
NEU Cyroline T-shirts 14,99€

Reparaturen
aller Fabrikate
spez. Volvo und Renault
Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service
Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de
Tenge & Strohbach
Kfz-Technik

Aufschwung

hartz IV und recht

Ganz Europa schaut auf Deutschland...

(noa) So und ähnlich beschreiben − beschwören − Merkel, Brüderle und Konsorten die gegenwärtige Wirtschaftssituation. Die Medien korrigieren immer wieder und zitieren die Opposition, die Gewerkschaften, die Wohlfahrtsverbände, die darauf hinweisen, dass der wirtschaftliche Aufschwung zu großen Teilen in einem Anstieg der prekären Beschäftigungen besteht.

In Wilhelmshaven - und wahrscheinlich nicht nur in Wilhelmshaven − ist es auch ein Aufschwung für Firmen, die sich die Arbeitskraft nicht nur billig, sondern möglichst umsonst aneignen wollen. Und für das Job-Center, das daran spart.

1. Fall: Herr A. ist Familienvater und Hartz IV-Empfänger. Er fand im August einen Job als Kabelzieher. Vollzeit, zunächst befristet auf ein halbes Jahr. Wow, endlich raus aus Hartz IV.

Es musste sehr schnell gehen mit dem Arbeitsantritt, Freitag war Vorstellungsgespräch, Montag schon der erste Arbeitstag.

Arbeitgeber war eine niederländische Firma, die ihre "Jungs" über einen privaten Arbeitsvermittler engagierte. Dass beim Vorstellungsgespräch noch nichts über Löhne und Arbeitsbedingungen gesagt wurde, kam der Familie A. zwar seltsam vor, doch "Hauptsache Arbeit" und "weg vom Arbeitsamt", und bei so vielen Arbeitsstunden (zehn am Tag mindestens) würde schon genug Geld rüberkommen.

Ab Anfang September wartete Familie A. auf die erste Lohnzahlung. Das Job-Center stellte seine Zahlungen ein, und die Familie hatte bald kein Geld mehr.

Gut sieben Wochen arbeitete Herr A. an sechs Tagen in der Woche. Es war körperliche Schwerstarbeit, und die Maschine, die er am Anfang noch benutzt hatte, war nach einiger Zeit nicht mehr einsetzbar. Sie war defekt, wie es hieß. Allerdings machte auch niemand Anstalten, sie zu reparieren oder zu ersetzen. Gegen Ende September war Herr A. dann so kaputtgearbeitet, dass es nicht mehr ging. Er musste sich arbeitsunfähig schreiben lassen.

Seine AU-Bescheinigung, die er der Krankenkasse schickte, kam zurück. Er sei nicht mehr versichert, erfuhr er. Sowohl seine Frau als auch das jüngere der beiden Kinder waren in den vergangenen Wochen in ärztlicher Behandlung gewesen, und er selber war ja nun wegen des kaputten Rückens auch beim Arzt. Welche Kosten würden da auf die Familie zukommen?

Es bedurfte einiger Telefonate, bis der Arbeitgeber sich bequemte, Herrn A. und die anderen "Jungs" bei ihren Krankenkassen wieder anzumelden. Und Lohn? Eine Abschlagszahlung auf den Lohn für August kam Ende September; die Restzahlung für August und ein Teil des Lohns für September ließ bis Mitte Oktober auf sich warten. Was wohl kam, waren Lohnabrechnungen für August und September, die eine korrekt, die andere fehlerhaft.

Vom Job-Center kam währenddessen nichts. Jedenfalls kein Regelsatz, kein Geld für die Kosten der Unterkunft. Zweimal war Frau A. persönlich da und bekam Bargeld, nie genug, um die inzwischen angesammelten Schulden zu begleichen. Zum 26. Oktober bekam Herr A. die Kündigung und ist nun wieder arbeitslos, und nun konnte das Job-Center wieder rechnen: 1,17 Euro wurde für November zuerkannt, denn dann würde der Oktoberlohn (für den es mittlerweile auch eine Lohnabrechnung gab), ja auf dem Konto eintreffen.

Der November verging, und es kam kein Lohn. Und Frau A.'s Besuch beim Job-Center Anfang Dezember war vergebens, jedenfalls, was die Auszahlung von Barem anging. Ab Dezember ist die Bedarfsgemeinschaft A. ja wieder im Leistungsbezug und bekommt Geld. Dass der Dezember-Regelsatz als Überziehungskredit schon im November verbraucht wurde, spielte keine Rolle.

2. Fall:Herr N. hat im Sommer auch endlich einen Job gefunden, bei einer Wilhelmshavener Sicherheitsfirma. Offiziell sollte es ein 400 Euro-Job sein, das Geld für die darüber hinausgehende Arbeit sollte "bar Kralle" gezahlt werden. Der Hinweis von Herrn N. und seinen Kollegen, dass das doch Schwarzarbeit sei, wurde so beantwortet, dass sie ja auch auf die Arbeit verzichten könnten. Und wenn er gut arbeite, so sagte man Herrn N., werde er bald einen Festvertrag bekommen.

Stolz und froh meldete er seinen 400 Euro-Job beim Job-Center an. Prompt wurde ihm die Leistung für den nächsten Monat um 235 Euro gekürzt. (165 Euro darf man von einem 400 Euro-Job behalten.)

Drei Wochen lang arbeitete Herr N. außerhalb, insgesamt so viele Stunden, dass er über 400 Euro hinaus noch einiges an Geld zu beanspruchen gehabt hätte. Der Lohn ließ allerdings auf sich warten. Nachdem man ihm gesagt hatte, momentan sei nichts zu tun, er könne zu Hause bleiben, schien die Firma ihn ganz zu vergessen. Es kostete mehrere Anrufe und persönliche Besuche im Büro der Firma, bis nach Wochen eine kleine Summe überwiesen wurde. Allerdings hatte der Arbeitgeber offenbar schon die Rechnung des Job-Centers gemacht und nur etwa so viel gezahlt, wie die Behörde ihm gelassen hätte.

Herr N. hat die Hoffnung, bei dieser Firma eventuell wieder arbeiten zu können, nach einigen Wochen aufgegeben und einen anderen 400 Euro-Job angenommen. Jetzt rechnet ihm das Job-Center 800 Euro Zuverdienst an, da er ja keine Kündigung von seinem Sicherheitsunternehmen vorweisen kann.

So viel zum Thema Aufschwung. Aber über den hat der Chef der Wilhelmshavener Arbeitsagentur inzwischen auch schon gesagt, dass er in der Region kaum spürbar ist. ❑

Zuflussprinzip?

Zahlreiche Wilhelmshavener Hartz IV-Berechtigte leben dauernd unter dem Existenzminimum – das wäre nicht nötig

(noa) Am 29 Oktober gab es in der WZ einen Artikel, der für Verwirrung gesorgt hat. Unter der Überschrift "Wenn das Job-Center nicht zahlt" ging es um den Wilhelmshavener Hartz IV-Bezieher Volker Ernst Ott, der sich mit dem Job-Center angelegt hat. Er hat einen kleinen Job gefunden und das Job-Center im September von der bevorstehenden Arbeitsaufnahme informiert, woraufhin ihm sofort die Hartz IV-Leistung für den Monat Oktober gestrichen wurde – "vorläufig", bis zur Klärung, wie hoch sein Lohn ausfallen würde.

Ott machte sich im Internet und bei der Arbeitsloseninitiative schlau und fand heraus, dass das Job-Center zahlen muss, bis der erste Lohn tatsächlich da ist. "Zuflussprinzip" heißt das, und es ist auch nur logisch: Man muss ja von irgendetwas leben, bis der erste Lohn kommt, und als Träger der Grundsicherung muss das Job-Center verhindern, dass jemand in Not gerät.

Nach Otts Vorbringen beim Job-Center und einem Anruf des WZ-Redakteurs dort klappte es dann auch. Ott bekam seine Oktober-Leistung ausgezahlt und freute sich. Allerdings nur einen Monat lang: Im November wiederholte das Job-Center dasselbe Spiel und behielt die Hartz IV-Leistung ein, obwohl Ott erstens seinen Oktoberlohn noch nicht hatte und dieser zweitens nur etwas über 100 Euro betrug. Nun wurde er aber richtig sauer: Mangels Guthaben tätigte sein Geldinstitut einige Rückbuchungen, und wer so knapp kalkulieren muss, kann sich die Gebühren hierfür nicht leisten.

Die Verwirrung: Laut Werner Ahrens von der Arbeitsloseninitiative muss das Job-Center mit seiner Aufrechnung und Rückforderung warten, bis der erste Lohn da ist. Wolfgang Burkert, Geschäftsführer des Job-Centers, räumte gegenüber der WZ jedoch lediglich ein, "dass Ott Anspruch auf die volle Grundsicherung im Oktober habe, wenn ihm sein Lohn erst im November zufließe". Und was ist, wenn ein Zufluss erst Ende eines Monats kommt?

So geht es einer jungen Frau, die aufgrund einer schweren Krankheit berentet worden ist. Sie bekommt ihre erste Rentenzahlung Ende Dezember. Das Job-Center hat ihrer Bedarfsgemeinschaft jedoch das Arbeitslosengeld II schon zum Anfang des Monats gekürzt. Was die fünfköpfige Familie jetzt zur Verfügung hat, reicht auf keinen Fall, um durch den Monat zu kommen.

"Die betreffenden Kunden können in einem solchen Fall ein Darlehen beantragen", sagte uns eine Mitarbeiterin des Job-Centers. Schön und gut, das hilft für den Augenblick. Aber dann? Wenn der erwartete Zufluss dann kommt, muss das Darlehen zurückgezahlt werden. Sollen die Betroffenen dann sofort wieder ein Darlehen beantragen?

Da wäre es auf jeden Fall sinnvoller, wenn das Job-Center zahlt, bis Lohn oder Rente wirklich zugeflossen ist, und erst dann ausrechnet, wie viel Geld es zurückfordern muss/kann.

In dem genannten WZ-Artikel heißt es, dass Werner Ahrens von weiteren Fällen wie dem von Ott weiß. Auch uns sind Leute bekannt, denen es so ergeht. Zwei entsprechende Geschichten gibt es im Beitrag "Aufschwung" in diesem Heft.

Das Letzte

Es gibt so vieles, über das wir gerne noch berichten würden, aber meist fehlt es am Platz, manchmal auch an der Zeit. Hier gibt es die Meldungen, die der Nachwelt erhalten bleiben müssen.

Stadtbildverschönerung

Lange Zeit lungerte vor dem fein restaurierten Gebäude des Küstenmuseums völlig unmotiviert ein Container herum, der in einigen Metern Höhe bedrohlich an einem Carrier baumelte. Jetzt ist das hässliche Ding endlich verschwunden - herzlichen Dank!

Mit gutem Beispiel voran

Niedersachsens Justizminister Busemann (58) bringt sich voll ein und erreicht dabei erstaunliche Ergebnisse. Busemann opferte sich, er verspies zum Segen der Wissenschaft einen Teller Grünkohl mit Bregenwurst und konsumierte dazu 5 halbe Liter Bier und, wie es sich beim Grünkohl gehört, einen Schnaps. Nach dreieinhalb Stunden war das Gelage beendet, und Busemann machte einen Alkoholtest. Hier ergab sich der sensationell niedrige Wert von 0,67 Promille Alkohol im Blut! Normalerweise hätte der Wert bei 1,4 bis 1,5 Promille liegen müssen. Wo ist nun der Alkohol geblieben? Fließen durch Busemanns Körper vielleicht 20 Liter Blut? Wunder über Wunder!

Selbstlos

Wilhelmshavener um den Werbeagentur-Betreiber Stefan Becker sind im Begriff, eine Wählergemeinschaft zu gründen: die "Wilhelmshavener Bürgervereinigung" (WBV). Wie Becker erklärte, peile man an, bei der Kommunalwahl im September 2011 die absolute Mehrheit der Sitze im Rat für die WBV zu erringen. Gelingen solle das durch die Aktivierung von Nicht-Wählern und die Motivation all jener, die von den anderen Parteien enttäuscht sind. Die WBV will auch einen Oberbürgermeister-Kandidaten aufstellen; möglichst eine gestandene Persönlichkeit mit Bezug zur Wilhelmshavener Wirtschaft. Sollte sich niemand Besseres finden, so Becker, werde er selbst antreten.

Grüne 1

Mit 44 Teilnehmern fuhr ein von den Grünen gecharterter Bus zur Großdemonstration "Castor stoppen" am 6. November ins wendländische Gorleben. Dort demonstrierten mehr als 50.000 Menschen (sowohl nach Polizei- als auch nach Veranstalterangaben) gegen den Castor-Transport nach Gorleben. Diese löbliche Aktion wird nur von einigen Angaben in der Pressemitteilung der Grünen getrübt. So meint Grünen Kreisvorsitzender Sokolowski, es beteiligten sich nur ca. 30.000 Leute an den Aktionen; gleichzeitig freute sich Sokolowski darüber, dass "dort, wo der 'Schwarze Block' aufkreuzte, die Polizei zügig eingeschritten sei." Nun war es wohl nur Peter Sokolowski vergönnt, einen schwarzen Block ausfindig zu machen und gleichzeitig über 20.000 Demonstranten verschwinden zu lassen.

Grüne 2

Unter den obigen 44 Teilnehmern war auch der grüne OB-Kandidat Michael von den Berg. Von den Berg macht ja nicht nur mit seinem buntbemalten Fiat 500 für seine Sache Werbung, er veröffentlichte auch einen 6-seitigen Flyer. Das hätte er besser lassen sollen! Denn der Text strotzt nur so vor Rechtschreibfehlern! Wir kamen nach flüchtigem Lesen auf knapp 20 (!) Fehler. Da gibt es kein "ß" mehr, Kommas werden beliebig gesetzt oder weggelassen, Begriffe werden falsch eingesetzt ... Um es mal ganz ehrlich zu sagen: Wir haben den Eindruck, dass der Flyer-Text unter Mithilfe von OB-Mitbewerber Stefan Becker (Wilhelmshavener Bürgervereinigung - WBV) verfasst wurde. Die vielen Fehler und der etwas plumpe, wenig aussagekräftige Text erinnern an den Beckerschen Scout!

Wir sind die stärkste der Parteien ...

Der CDU-Ratsvertreter Helmut Möhle startete auf der letzten Sitzung des Stadtteilbeirats Westliche Südstadt die Anfrage, wie es sein kann, dass die Marxistisch-leninistische Partei Deutschland (MLPD) die Räume des Bürgertreffs für eine Internationale Nikolausfeier nutzen kann. Ratsherr von Teichman konnte sich gar nicht wieder einkriegen, weil er den Gedanken, dass die MLPD eine Nikolausfeier macht, so witzig fand. Aber dem Herrn Möhle war nicht zum Lachen zumute. Nachdem klar war, dass es einen Beschluss gibt, die Räumlichkeiten im Stadtteilbüro auch politischen Parteien zur Verfügung zu stellen, blieb nur noch ein Weg: Das Bürgerbüro ganz schließen. Da kann man Geld sparen, und die Sitzungen des Stadtteilbeirates können auch in den Hotels der Südstadt stattfinden.
Nachsatz: Ob auf der rebellischen Nikolausfeier auch das folgende Weihnachtsgedicht vorgetragen wurde?

Kiek, wat is de Himmel so rot,
dat sin Marx un Engels,
de backen dat Brot,
die backen den Zuckerstuten
vor all de lütten Meckersnuten.

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein schönes Jahr 2011.

Ahoi!

Anzeige

WWW.BASU-WHV.DE AUF DEM BÜRGER - PORTAL WILHELMSHAVEN:

WWW.BUERGER-WHV.DE: 24 STUNDEN RUND UM DIE UHR INFORMIERT

FRIERENDE DEMONSTRANTEN VOR DER JET-TANKSTELLE IN DER FREILIGRATHSTRASSE AM 01. DEZEMBER 2010: KEIN POLITIKER WEIT UND BREIT!

Es will einfach nicht „Weihnachten" ... und so „produziert" Wilhelmshaven entgegen dem Bundestrend mehr Arbeitslose. Die lokale Politprominenz scheint sich mehr für sich, d. h. ihre Befindlichkeiten und die ihrer Partei zu interessieren, als für den Souverän. Kämpferische Parolen hörte man noch Ende Oktober auf der „Raffinerie-Rambla-Demo" von den etablierten Parteien - demonstrieren die Angestelten aber an einer Tankstelle, dann schwindet schon einmal die Solidarität - 15 Zentimeter tiefe Löcher in der Nähe von Bahnschranken sind da allemal publikumswirksamer, als frierende Demonstranten bei klirrender Kälte und schneidendem Ostwind. Die desaströse Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahrzehnte wirft einen hässlichen Schatten der Trostlosigkeit auf die Stadt und das auch noch zur ungünstigsten Zeit: Weihnachten! Die drohende Arbeitslosigkeit der Raffineriemitarbeiter und ein erheblicher Kaufkraftverlust für die Region sind keine optimistischen Vorzeichen für ein „gutes neues Jahr". Wilhelmshaven steht am Scheideweg und die Hafenprotagonisten sollten nicht in überschwängliche Weissagungen von entstehenden Containerhäfen verfallen oder gar die Euro-Krise, wie EZB-Chef Trichet, ignorieren. Hausaufgaben sind gefragt - eine neue nachhaltige Ausrichtung der Wirtschaft und nicht noch ein Jahrzehnt parteipolitisches Gutdünken!

BASU
FREIE LISTE FÜR WILHELMSHAVEN
BILDUNG | ARBEIT
SOZIALES | UMWELT
WWW.BASU-WHV.DE

©GRUPPO635.COM | foto.hufenbach

BASU-TREFFEN: 2X IM MONAT, JEDEN 2. U. 4. MONTAG | RUSCHEREI | 19.30 UHR!